

Rundbrief

Nr. 20 / 8. Dezember 2009



Arbeitsstelle
Frieden und
Abrüstung

Anschrift

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.
Kopenhagener Straße 71, 10437 Berlin

Kontakt

Telefon: 030.440 130 28
Telefax: 030.440 130 29
info@asfrab.de
www.asfrab.de

Bürozeiten

Mo-Fr 10-18 Uhr

8. Dezember 2009

Liebe Freundinnen und Freunde,

während allüberall "O du fröhliche" aus den Lautsprechern schallt, um uns für den Konsumrausch zu benebeln, gießen wir Wasser in den Glühwein. Auch in diesem Advent regieren keineswegs Friede, Freude und Pfefferkuchen. Die "Geschenke" der neuen Regierung zum Fest des Friedens sehen aus wie die der alten: Beibehaltung der Kriegsdienstpflicht und Auslandseinsätze der Bundeswehr, sprich: Krieg.

Mit vielen, dennoch friedlichen Grüßen
Euer **asfrab**-Team

In eigener Sache:

Bitte teilt uns mit, wenn sich E-Mail- und Postadressen ändern, gern über info@asfrab.de
Großes Dankeschön an alle, die diesen Rundbrief nur noch elektronisch möchten. Das senkt die Versandkosten. Danke! ◀

Inhalt: Nix Neues in der neuen Koalition: Wehrpflichtkompromiss · Spur von Reue? · Monitoring probieren · Einberufen unterm Weihnachtsbaum? Erreichbarkeit des Büros zum Jahreswechsel ◀

Nix Neues in der neuen Koalition: Wehrpflichtkompromiss

Da leistet sich die Bundesrepublik im 21. Jahrhundert immer noch eine allgemeine Kriegsdienstpflicht, und die öffentliche Aufgeregtheit begnügt sich mit der Wehklage, die Zivildienstleistenden könnten „nicht mehr richtig“ eingesetzt werden. Diese Klage belegt, dass die Zuvieldiener regelmäßig rechtswidrig als billige Arbeitskräfte und Jobkiller verwendet werden. Wäre ihr Einsatz arbeitsmarktneutral, wäre es kein Problem, sie auch ohne lange Anlernzeit zu beschäftigen. Auch sonst ist es an der Zeit, die Diskussion um die Dienstverkürzung auf sechs Monate wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Der Zivildienst hat keine eigene Daseinsberechtigung. Er ist untrennbar mit der so genannten Wehrpflicht verbunden. Wehrpflichtige, die zuvor durch eine staatliche Behörde als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden, leisten ihn als Ersatz. In Krisenzeiten können sie bis zum 60. Lebensjahr zu einem kriegsunterstützenden Zivildienst

herangezogen werden. Wie im Wehr- gilt auch im Zivildienst das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Wer eine dienstliche Anweisung nicht befolgt, kann mit drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Darüber hinaus steht den sich meist sozial verstehenden Trägern ein umfangreicher Katalog von Disziplinarmaßnahmen zur Verfügung, wie Ausgangsbeschränkung, Geldbuße und Soldgruppen-Degradierung. Totalverweigerer, die den Zivildienst wegen seiner militärischen Einbettung und seines Zwangscharakters aus Überzeugung nicht leisten können, werden sogar mit bis zu 5 Jahren Haft bedroht.

International ist die Wehrpflicht ein Auslaufmodell. In 21 der 27 EU-Mitgliedsstaaten, in 23 der 28 Nato-Mitgliedsstaaten wird mittlerweile darauf verzichtet. Warum nicht auch hier? Ohne Wehrpflicht fehlt der Transmissionsriemen zwischen der abgeschotteten Welt der Truppe und der Zivilwelt. Ohne Wehrpflicht würde die Bundeswehr an gesellschaftlicher Akzeptanz und Normalität verlieren. Jedes Jahr werden potentiell mindestens 400.000 Haushalte mit der Bundeswehr konfrontiert, weil Sohn, Bruder, Enkel oder Freund zur Musterung vorgeladen wird. Jedes Jahr lassen Hunderttausende junge Männer Eingriffe in ihre Lebens- und Berufsplanung zu. Diese Normalität ist der Wert der Wehrpflicht. Wer Kriege führen will – und der neue Verteidigungsminister hat angekündigt, die aktuellen Einsätze der Bundeswehr seien „nicht ihre letzten“ -, der will auch ihre gesellschaftliche Normalität organisieren. Dazu ist die Wehrpflicht ein wichtiger Baustein und wird deshalb verbissen verteidigt. ◀

Eine Spur von Reue?

Am 4. September ordnete ein Oberst der Bundeswehr an, zwei Tanklastzüge zu bombardieren, die zuvor von Taliban entführt worden waren und in einem Flussbett feststeckten. Weit über hundert Menschen kamen dabei ums Leben, darunter eine bis heute unbekannte Anzahl unbeteiligter Zivilpersonen. Sie waren dort, weil sie entweder von Taliban dazu gezwungen wurden, aus Neugier oder auch, weil sie etwas vom Benzin aus den Tanklastzügen haben wollten. Obwohl die Nato bereits am selben Tag den Angriff als „unverhältnismäßig“ und gegen die ISAF-Einsatzregeln kritisierte, beteuerte die damalige Bundesregierung von Kanzlerin Merkel

bis Kriegsminister Jung, dass 1. keine Unbeteiligten ums Leben gekommen seien und 2. die Bombardierung gerechtfertigt gewesen wäre. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Dresden an die Bundesanwaltschaft abgegeben, wo es seiner Bearbeitung harret.

An Aufklärung hatte im Endspurt des bundesrepublikanischen Wahlkampfes weder Jung noch die Kanzlerin ein Interesse. Selbst als in einem bis heute geheim gehaltenen Nato-Bericht davon die Rede war (bzw. gewesen sein soll), dass der Oberst gegen die Einsatzregeln verstoßen habe, unternahm die Regierung keine Schritte zur Aufklärung der Vorgänge. Ausgerechnet "Bild" blieb es vorbehalten, den Skandal wieder aufzugreifen, nämlich mit der Veröffentlichung von Videoaufnahmen und unter Berufung auf bis dahin nicht bekannte Berichte, u.a. einen Bericht der Feldjäger noch vom Tag des Bombardements. Das löste die Entlassung des Generalinspektors der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan, und den Rücktritt von Franz Josef Jung, in der neuen Regierung Arbeitsminister, aus. Die Kanzlerin "übernahm die Verantwortung", Guttenberg, der zunächst ebenfalls ein Fehlverhalten der Bundeswehr ausgeschlossen hatte, erklärt nun, der Angriff sei „militärisch nicht angemessen“ gewesen. Das heißt wohl, es hat sich um ein Kriegsverbrechen gehandelt.

Die Antwort der Regierung auf dieses Kriegsverbrechen lautet: Mandatsverlängerung! Dazu kommt eine Aufstockung der „einsatzbedingten Zusatzaufgaben“ in Afghanistan von 570 Mio. € auf 821 Mio. € im neuen Einsatzjahr. Ob diese 250 Mio. € für neue Funktionsunterwäsche für max. 4.500 Soldaten draufgehen sollen oder doch eher für schwereres Gerät und mehr Munition, kann sich jeder selbst ausdenken.

Ein Untersuchungsausschuss im Bundestag wurde einberufen. Für den, wie komfortabel, ist der Verteidigungsausschuss zuständig, der nicht öffentlich tagt. Ob Bestrebungen von linken, grünen und einem Teil der SPD-Abgeordneten, zusätzlich einen übergreifenden, öffentlich tagenden Untersuchungsausschuss einzuberufen, zum Ziel kommen, ist ungewiss. Und selbst wenn - wird dies dann die fällige öffentliche Debatte in Gang setzen, ob die Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich eine Kriegsbeteiligung in Afghanistan wünscht? Umfragen sagen: nein. Weil das so ist, tun Kanzlerin und Kriegsminister nun so, als wären sie um ehrliche Aufklärung bemüht. In der Hoffnung, dass am Ende, wenn viele Seiten Untersuchungsbericht vorliegen, die Leute im Land vergessen haben, worum es ging: um den Befehl eines Bundeswehrobersts, zwei in einem Flussbett festgefahrene Tanklastzüge zu bombardieren, in deren unmittelbarer Nähe sich Zivilpersonen befanden, die vielleicht ein bisschen Benzin stehlen wollten. Darauf steht, soviel wir wissen, in keinem Land der Welt die Todesstrafe. ◀

Nachricht gehört? (Wir testen Bundeswehr-Monitoring.)

Bald geht's los. Wir testen schon mal: Bundeswehr-Monitoring. Schreibt uns (am einfachsten an info@asfrab.de), ob Ihr eine (oder zwei oder alle)

der folgenden News schon vor diesem Rundbrief gehört oder gelesen habt!

Nachricht 1: Polizei dient KWEA

Ein "kleiner Krimi" soll sich am 26. November 2009 im Zentrum von Eisenhüttenstadt abgespielt haben: "Morgens gegen acht Uhr war die Polizei in einem Hausaufgang der Lindenallee verschwunden. Auf Klopfen und Klingeln an einer Wohnungstür hatte es zuvor keine Reaktion gegeben. Zugang zu der Wohnung verschafften sich die Beamten trotzdem - mit einem Schlüsseldienst. Doch es kam weder zu einer Festnahme, noch wurde ein Kranken- oder Leichenwagen geordert. Letztlich wurde nur das Schloss ausgetauscht und der Schlüssel auf der Wache hinterlegt." (...) „Geschnappt“ wurde der Gesuchte noch am gleichen Tag - am Arbeitsplatz. Der Grund für die polizeilichen Aktivität: Der junge Mann soll mehrfach unentschuldigt der Musterung fern geblieben sein. Das Kreiswehersatzamtes Cottbus ersuchte deshalb bei der Polizei um Amthilfe, um ihn vorführen zu lassen. Offen blieb in dem Bericht, ob die Polizei überhaupt rechtlich befugt war, sich Zugang in die Wohnung zu verschaffen. (...) ◀

Nachricht 2: Jäger im Bombodrom

Ab dem 1. Dezember 2009 finden in der Kyritz-Ruppiner Heide vier Treibjagden statt. Normalerweise ist das Gebiet des ehemaligen "Bombodroms", das unterschiedlich stark mit Munitionsmüll belastet ist, ständig von der Bundeswehr gesperrt. 6.500 Hektar des Gebietes sind als gering munitionsbelastet eingestuft und für die Jagd freigegeben. Alle Anwohner oder sonstigen Personen, die das Gelände betreten, müssen dennoch jederzeit damit rechnen, mit Geldbußen belegt zu werden. ◀

Nachricht 3:

Ein 18jähriger Rekrut bedroht am 5. Juli 2009 bei einem Vorfall in der Karfreit-Kaserne in Brannenburg seinen Vorgesetzten mit dem geöffneten Dienstklappmesser. Der 35-jährige Hauptfeldwebel kann die Attacke jedoch mit dem Arm abblocken und bleibt unverletzt. Im November 2009 kommt der Fall vor der Traunsteiner Jugendkammer zur Verhandlung. Nach einem Bericht von ovb-online.de habe der Angeklagte nach schulischen, familiären und beruflichen Problemen den Wehrdienst angetreten, sei dort jedoch durch unterschiedliche Delikte, u.a. Fahnenflucht, auffällig geworden. Der psychiatrische Sachverständige habe am ersten Verhandlungstag geäußert, der junge Mann sei "durch den Umgangston der Bundeswehr" depressiv geworden. ◀

Einberufen unterm Weihnachtsbaum? Unsere Erreichbarkeit zum Jahreswechsel

Das Büro ist geschlossen am 23.12.2009, Heiligabend, 30.12. und Silvester. Besetzt ist das Büro am 28. und 29.12. jeweils von 14 bis 18 Uhr.

Wehrpflichtige, die mit ihrer Einberufung oder anderen wehrpflichtbedingten Krisen rechnen, bitten wir ausdrücklich, sich rechtzeitig zu melden. Damit es keine Tränen unterm Weihnachtsbaum gibt, sondern frohe Feiertage und ein gesundes neues Jahr!

V.i.S.d.P. für diesen Rundbrief: Michael Behrendt